

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien. 1. Neues Rathaus.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 3. April 1919. Nr. 152.

Verband der Angestellten der Gemeinde Wien. In der am 31. März abgehaltenen Delegiertenversammlung dieses Verbandes, an der mehr als 200 Vertreter aller Fachvereine einschliesslich der Lehrerschaft teilnahmen, wurde einstimmig beschlossen, der Verbandsleitung, besonders dem Präsidenten Schulz für die bisherige Tätigkeit das Vertrauen auszusprechen und gleichzeitig zu bekunden, dass die städtischen Angestellten nach wie vor einmütig an dem vom Verbands überreichten Forderungen bezüglich der Gehalts- und Lohnregulierung und der Reform der Dienstpragmatik festhalten und entschlossen sind, ihre Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklichst zu verwirklichen. Der Verband erwartet bis 5. April eine endgültige Stellungnahme der zuständigen Faktoren um in der am 6. April stattfindenden Massenversammlung über die fernere Haltung des Verbandes endgültig schlüssig zu werden. - In dieser Delegiertensitzung wurde auch bezüglich der erwähnten Versammlung Beschluss gefasst: Die Versammlung findet Sonntag 6. April um 9 Uhr vormittags im Zirkus Busch im Prater statt. Zu ihr werden die Vertreter der Gemeinderatsparteien mit dem Ersuchen geladen, bindende Erklärungen ihrer Parteien zu den Verbandsforderungen abzugeben.

Beschlagnahme Lebensmittel der Gastwirtegenossenschaft. Am 13. März hat die Volkswehr eine Revision der im sogenannten Karlkeller der Mautner'schen Lagerkeller eingelagerten Lebensmittel vorgenommen, deren Ergebnis in der breiten Öffentlichkeit deshalb grosses Aufsehen erregt hat, weil angeblich bedeutende Mengen hochwertiger Lebensmittel, die derzeit fast einen Seltenheitspreis haben, verdorben gewesen sein sollen. Nunmehr liegt das Ergebnis der Begutachtung der vorgefundenen Lebensmittel vor: Insgesamt wurden beschlagnahmt: 10.427 kg Schweineschmalz, 1777 kg Speck, 8549 kg Butter, 5880 kg gesalzene Innereien und 104 kg Fleisch. Die Art der Lagerung dieser Waren und ihr äusserer Anschein mussten bei jedem Laien tatsächlich die Ueberzeugung hervorrufen, dass sie zum grössten Teile verdorben seien. Dies war jedoch nicht der Fall. Das Schmalz und der Speck waren - übrigens nur zum Teile lediglich oberflächlich beschmutzt, durch eine einfache Reinigung konnte der Schmutz entfernt werden. Die gesamte Ware, bis auf 33 kg ist nunmehr vollständig einwandfrei und genußfähig. Es hat sich höchstens ein Schwund von 1 bis 2 % durch die Dauer der Lagerung ergeben. Anders verhält sich die Sache mit der Butter. Diese war, da sie in offenen Kisten lagerte, verhältnismässig stark beschmutzt und ausserdem durchwegs ranzig. Ein so grosser unwiederbringlicher Verlust, wie er ursprünglich angenommen war, ist aber auch an dieser Ware glücklicherweise nicht eingetreten, da sie zu tadellosem Butterschmalz umgeschmolzen werden kann und wird, wobei sich ein Schwund von 25 % ergeben wird. Von den Innereien waren nur 675 kg Brutto verdorben und mussten dem Wasenmeister übergeben werden. Die übrigen Mengen konnten sehr gut gereinigt werden und von ihnen schon 2773 kg dem unmittelbaren Verbrauch als Fleischersatz übergeben werden, während der Rest von 2432 kg zur Verwertung verwendet wurde. Vom Fleisch waren 79 kg verdorben, der Rest von 25 kg genußfähig. Sämtliche Waren wurden zu Gunsten der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch, bzw. für die Butterverteilungsstelle angefordert und sind bereits dem allgemeinen Verbrauch zugeführt worden.

Ausbau der Ziegeleianlage in Zillingsdorf. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schmid die Erweiterung der Ziegeleianlage in Zillingsdorf durch Einführung des Bühner'schen Schnellbrennverfahrens und Aufstellung dreier Trockenschuppen, sowie die Uebertragen der Ausarbeitung und Lieferung der Pläne zur Einrichtung des genannten Verfahrens an die Firma Jakob Bühner genehmigt. Von einem Neubau der Ziegeleianlage wurde mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse bedingten hohen Kosten und auf das geringe Lehnvorkommen vorläufig abgesehen.

Bewilligung eines Ehrengrabes für Oberbaurat Helmer. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, dem verstorbenen Oberbaurate Helmer ein Ehrengrab zu gewähren. Das Grab befindet sich neben dem des Kasper Zumbusch.

Die Dienstverhältnisse der bei den Strassenbahnen verwendeten Angestellten der Stellwagenunternehmung. In der heutigen Stadtratsitzung stellte StR. Weigl folgenden Antrag: Die bei der städtischen Strassenbahn derzeit in Verwendung stehenden Bediensteten der städtischen Stellwagenunternehmung werden von der städtischen Strassenbahn in Stand genommen. Die bei der städtischen Stellwagenunternehmung zugebrachte Dienstzeit wird zur Gänze (unter Berücksichtigung der eineinhalbfachen Anrechnung der Kriegsjahre) die vorher bei den von der Gemeinde Wien übernommenen privaten Stellwagenunternehmungen zugebrachte Dienstzeit wird zur Hälfte hinsichtlich aller Bezüge und der Pensionsversicherung angerechnet. Die aus dem Einlauf in die Pensionsversicherung resultierenden, von den Bediensteten statutengemäss zu tragenden Versicherungsprämien können in erträglichen Raten erstattet werden. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Das Leibgardepalais für Museumszwecke. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Stadtrat Melcher über die von der Gemeinde zur Erwerbung bzw. zur Miete des Gebäudes der ehemaligen ungarischen Leibgarde für Zwecke eines Museums gepflogenen Verhandlungen. Sollten die Verhandlungen zu einem Resultate führen, so wird von der Erbauung eines städt. Museums Abstand genommen werden.

## Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 3. April 1919.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und verliest den Spendeneinlauf: Frau Johanna Rössler für die Armen des 4. Bezirkes K 300.-, Karl Ahornar für die Armen des 7. Bezirkes K 300.-, Dr. Guido Müller für die Armen des 3. Bezirkes K 100.-, Otto Strakosch Schuhfabrikant im Jahre 1918 61 Paar Schuhe, 1919 36 Paar Schuhe für die Schule 14., Diefenbachgasse 19. Der Zentralkrippenverein für das Versorgungshaus und das Jubiläumsspital je 80 Krippenkalender. Für die städt. Sammlungen hat der Grosskapitular des deutschen Ritterordens Dr. Gaston Graf Pöttlich von Pettenegg testamentarisch eine kleine Bronzestatuette Sebastians Brunnens von Högler und eine silberne Statuette des hl. Sebastian gespendet.

BGM. Dr. Weiskirchner bringt ein Denkschreiben des Landeshauptmannes von Böhmen Dr. von Lodgman für den von der Gemeinde Wien für die unglücklichen Opfer der tschechischen Gewaltherrschaft gespendeten Betrag von 50.000 Kronen zur Verlesung.

BGM. Dr. Weiskirchner berichtet über die bisherige Durchführung des Gemeindeprogramms zur Ausführung der Notstandsarbeiten und teilt mit, dass

für Hochbauten rund 2,510.000 Kronen, Kanalbauten 4,810.000 Kronen, Brückenbauten 120.000 Kronen, Strassenbauten 1,000.000 Kronen ausgegahlt wurden. Durch die rasche Vergebung dieser Arbeiten hat auch die Gemeinde Wien das Ihrige dazu beigetragen, um den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt die auf eine Interpellation des GR. Herold in der Sitzung vom 27. Februar betreffend die Fischversorgung Wiens mit besonderer Berücksichtigung der Lobau vom Staatsamt für Volksernährung eingelangte Antwort mit, die besagt, dass schon im Jahre 1917 der Plan einer militärischen Befischung der Gewässer der Lobau aufgetaucht ist. Es fand unter Beteiligung von Vertretern aller in Betracht kommenden Stellen eine Begehung der für eine Ausnützung in Betracht kommenden Lobauwässer vom sogenannten Fasengarten bei Aspern bis zur Kormoranansiedlung bei Ebersdorf, die ergab, dass die für eine Befischung in Aussicht genommenen Bewässer infolge starker Verkrautung und Verlandung für eine Netzfischerei ungeeignet sind und höchstens eine sporadische Befischung mit Reusen und Legangeln gestattet. Auch entspricht der vielgepriesene Fischreichtum der Lobauwässer nicht den Tatsachen und es ist ja bekannt, dass der Fischbestand durch die Kormorane stark dezimiert wurde. Auf Grund dieser Beobachtungen wurde von der geplanten Ausfischungsaktion Abstand genommen, zumal ja die besonders in Betracht kommenden Fischwässer in Pacht gegeben waren und die Fische dem Wiener Markte zugeführt wurden. Es kann sonach der vom GR. Herold beantragten Abfischungsaktion im Verhältnis zu dem für diesen Zweck erforderlichen Aufwand kaum ein beträchtliches Ergebnis zugeschrieben werden. Das Staatsamt für Volksernährung ist aber dennoch bereit, die Abfischung der Lobauwässer in die Wege zu leiten. Da die Gemeinde Wien als der rechtmässige Besitzer eines Teiles dieser Fischwässer fungiert, so wird diese eingeladen, die Abfischung im eigenen Wirkungskreise durchzuführen. Bezüglich des für die Abfischung in Betracht kommenden hofrärischen Teiles der Lobau sieht das Staatsamt für Volksernährung einem diesbezüglichen Vorschlage entgegen, wenn auch dieser Teil zur Vermeidung einer Sonderaktion seitens der Gemeinde unter einem in Angriff genommen wurde. Was die Versorgung der Wiener Fischmärkte mit Fischfleisch im allgemeinen betrifft, so ist bekanntlich die deutschösterreichische Fischfanggesellschaft gegründet worden, in der der gesamte freie Fischhandel Wiens vertreten erscheint. Von der Tätigkeit dieser Gesellschaft wird eine erhöhte Zufuhr besonders aus den nordischen Ländern erwartet. Hinsichtlich der gegebenen Anregungen werde ich den Magistrat beauftragen, die entsprechenden Vorschläge zu erstatten.

BGM. Dr. Weiskirchner bringt eine Zuschrift des Staatsamtes für Volksernährung über die Anfrage des GR. Rummelhardt betreffend den Rucksackverkehr zur Kenntnis, die besagt, dass die Nachrichten, wonach seitens der Regierung eine allgemeine und rücksichtslose Unterdrückung jedes Rucksackverkehrs geplant sei, nicht den Tatsachen entspricht. Allerdings kann der sogenannte Rucksackverkehr, solange die staatliche Bewirtschaftung ausrecht erhalten bleiben muss, nicht gestattet werden, es wird jedoch der Rucksackverkehr bis zu einem gewissen Grade, indem bei allfälligen Revisionen hinsichtlich geringerer Mengen, welche insbesondere Angehörige der minderbemittelten Volksschichten für den eigenen Gebrauch mit sich führen trotz der gesetzlich gegebenen Beschlagnahmefähigkeit geduldet

GR. D. *Siein verliert den Verlaufs.*

GR. Dr. Heisl fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dahin zu wirken, dass den Gast- und Kaffeehäusern, betreffend die Bewilligung von Vorgärten und das Aufstellen von Tischen, ausserordentliche Erleichterungen gewährt werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Bemessung der Platzzinse für die Aufstellung von Gasttischen auf öffentlichen Grundes erfolgt derzeit auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. Juli 1918. Dieser Beschluss sieht in berücksichtigungswerten Fällen allenfalls auch einen geringeren Platzzins vor. Diesbezügliche Gesuche werden einer gewissenhaften sachlichen Überprüfung unterzogen werden und nach Einholung eines Gutachtens der Bezirksvertretung dem Stadtrate zur Beschlussfassung im Sinne des erwähnten Gemeinderatsbeschlusses vorgelegt werden.

Gemeinderat Langer fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dahin zu wirken, dass die Auhursperre der Haustore aufgehoben und die normale Zahnkassensperre wieder eingeführt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation hängt mit der Einführung der Sommerzeit zusammen. Ich werde die Polizeidirektion dahin veranlassen, damit sie dieser Angelegenheit ihr Augenmerk zuwendet.

GR. Folke interpelliert betreffend die Abhaltung der Ceremonien bei Leichenbegängnissen auf dem Baumgartner Friedhofe und den Mangel eines geeigneten Warteraumes für die Leidtragenden dortselbst.

BGM. Dr. Weiskirchner: Sobald geordnete Verhältnisse eintreten, wird die Schaffung entsprechender Aufbahrungs- und Einsegnungsräume am Baumgartner Friedhof durchgeführt werden.

GR. Biber richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist das Nötige zu veranlassen, dass die Sperrstunde der Haustore sogleich mindestens auf 9 Uhr verlegt wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Auhursperre der Haustore wurde seinerzeit mit Rücksicht auf die Sparmassnahmen verfügt. Ich glaube, dass die Polizeidirektion ohnehin beabsichtigt, die Sperrstunde zu verlegen. Ich werde mich in dieser Angelegenheit an den Polizeipräsidenten wenden.

GR. Herold richtet die Anfrage, betreffend die Ausnützung des Lainzer Tiergartens und die Errichtung von Gartenhäusern auf der zwischen Lainz und Mauer gelegenen Fläche, indem er darauf hinweist, dass über die Verwendung des Lainzer Tiergartens allerdings noch nicht endgültig entschieden worden

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation ist etwas voreilig. Die geehrten Herrn haben ja gehört, dass die verschiedenen Nationalstaaten gegen die Verwendung der Krongüter Protest erhoben haben. Selbstverständlich wäre die Schaffung einer Gartenstadt im Sinne der Interpellation sehr vorteilhaft

GR. Wawerka interpelliert betreffend die Eröffnung eines Kurses zur Heranbildung von Sportlehrern, zu dem die Vorbedingungen, wie das Vorhandensein der Sportplätze, die nötige Anzahl der Lehrkräfte u. s. w. vorhanden wären, dessen Durchführung aber an der Kostenfrage scheitern sollte. Die soziale Akademie der Stadt Wien benötigt eine ausserordentliche Zuweisung von 8000 Kronen, der Zentralverein der städtischen Knabenhorte eine solche von 4000 Kronen, da beide aus den vorhandenen Mitteln die Kosten des Kurses nicht tragen können. Nach dieser Sachlage könnte mit dem Kurse erst am 1. Dezember begonnen werden. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu erwirken, dass der Kurs zur Heranbildung von Sportlehrern schon am 1. Mai eröffnet werden kann und diese Anfrage als Antrag zu behandeln und dem Stadtrate zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung und Beschlussfassung vorzulegen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Zentralverein der städtischen Knabenhorte in Wien hat in der Tat vor ungefähr zwei Wochen die Abhaltung eines Kurses zur Heranbildung von Sportlehrern im Rahmen der Veranstaltungen der städtischen Akademie für soziale Verwaltung angeregt. Zu der bezüglichen Eingabe hat der Zentraldirektor des Verbandes noch einige Detailvorschläge in Aussicht gestellt. Nach deren Einlangen werde ich im Einvernehmen mit der Direktion des städtischen Jugendamtes rechtzeitig dem Stadtrate einen Bericht vorlegen.

GR. Wimmer interpelliert wegen des Umbau-es des Hauptkanales in der Waidmannsgasse im 17. Bezirk.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der schlechte Zustand dieses Kanales ist bekannt. Sein Umbau ist seit dem Jahre 1915 in Aussicht genommen und wurde in sämtlichen Voranschlägen eingestellt. Im Voranschlage des laufenden Verwaltungsjahres ist ein Gesamtbetrag von 42.000 Kronen eingestellt, da jedoch für die Durchführung solcher Arbeiten dormalen noch hohe Aufzählungen gefordert werden, dürfte hierfür ein Betrag von 80.000 Kronen benötigt werden.

GR. Reismann interpelliert betreffend die Freigabe der Schule im 12. Bezirk Ruckergasse 40, um die notwendigen Adaptierungsarbeiten bis zum Beginn des neuen Schuljahres fertigstellen zu können.

BGM. Dr. Weiskirchner: Bei der am 26. Februar 1919 in Angelegenheit der Räumung der vom Militär noch belegten Schulen beim Landesbefehlshaber stattgefundenen Sitzung wurde die Vereinbarung getroffen, dass von den drei Schulen Ruckergasse 40, 42, 44, welche von der Rekonvaleszentenabteilung für Kriegsbeschädigte bedützt werden, ein Objekt, sogleich und die beiden anderen spätestens bis 31. März freigegeben werden, da die Auflösung sämtlicher Rekonvaleszentenabteilungen anbefohlen worden seien. Nachträglich hat das Militärkommando mitgeteilt, dass die Objekte Ruckergasse 40 und 42 noch benötigt werden. Daraufhin hat der Magistrat an das Staatsamt das Ersuchen gerichtet, im Interesse der Wiederaufnahme des geregelten Schulunterrichtes die notwendigen Verfügungen wegen Räumung und Rückstellung der Schule Ruckergasse 40 u. 42 zu dem vereinbarten Termine zu treffen. Eine Erledigung dieser Zuschrift ist bisher nicht eingelangt. Da die Verwaltung der Rekonvaleszentenabteilungen nunmehr dem Staatsamte für soziale Fürsorge übertragen wurde hat der Magistrat nunmehr auch dorthin das Ersuchen wegen Verlegung der Rekonvaleszentenabteilung gerichtet.

Gemeinderat Peter Schön fragt an, ob der Bürgermeister von dem Beschluss der Hernalser Bezirksvertretung, bei der Staatsregierung die Umwandlung des grossen Gebäudes des Offizierstochterinstitutes in ein Filialspital des allgemeinen Krankenhauses anzuregen, Kenntnis habe, und ob er die nötigen Aufträge erteilen wolle, damit dieser Anregung bald die Tat folge.

Der Bürgermeister erwiedert: Die Umwandlung des Offizierstochterinstitutes ist wohl Sache des Krankenanstaltenfonds, nicht der Gemeinde. Die Anfrage werde ich daher an den Krankenanstaltenfond weiterleiten.

GR. Siegel interpelliert in Angelegenheit der Versteigerung der gesamten Wohnungs-einrichtungen des Franz-Herr durch das Bezirksgericht Ottakring und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den dem Genannten entstandenen Schaden in dem Sinne gut zu machen, dass ihm entweder die Einrichtungsgegenstände auf Kosten der Gemeinde Wien überlassen werden oder ihm zur Anschaffung solcher Gegenstände ein angemessener Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Der Bürgermeister erwiedert: In die Verwahrung des Wohnungsamtes sind die Sachen deswegen nicht übernommen worden, weil dieses hievon keine Kenntnis hatte. Es wäre auf Ansuchen des Kurators gar kein Anstand genommen worden, die Gegenstände wie dies in vielen hundert Fällen geschehen ist einzulagern und aufzubewahren. Selbstverständlich werden die Habseligkeiten der Eingekerkerten nur auf eigenes Verlangen ausgefolgt und ist in keinem einzigen Fall ein Verkauf vorgekommen. Nach eingeholter Ausserung des Bezirksamtsleiters ist strege nach den für die allgemeinen Sicherstellungen bestehenden Vorschriften vorgegangen worden. Mit Rücksicht auf die ausserordentlich harten Folgen für den Betroffenen hat das Bezirksamt den Ersatz des Schadens von 600 Kronen aus Billigkeit berücksichtigt aus Gemeindegeldern eingeleitet.

GR. Hermann Fischer richtet unter Hinweis auf den Kauf der Häuser 34 bis 40 in Schiffmühlen durch die Gemeinde Wien und auf den Zwang der früheren Besitzer, die noch dort wohnenden Parteien zum Ausziehen zu bewegen, an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, die ehemaligen Hausbesitzer der genannten Häuser darauf aufmerksam zu machen, die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Mieter einzuhalten und dass die Parteien das Recht erhalten, solange in den Wohnungen verbleiben zu können, bismit dem beabsichtigten Bau der Mühle begonnen wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Nach meinen Erfahrungen erkennen die Pächter oder Mieter von in öffentlicher Verwaltung stehenden Gründen die Verpächter nie als physische Personen an. Wenn wir städtische Gründe ordnungsmässig gekündigt haben, so ist die Sache nie ohne besondere Entschädigungen abgegangen. So liegt auch hier der Fall. Obwohl die Donauregulierungskommission auf Grund der Pachtverträge in der Lage gewesen wäre, die Räumung ohne jede Entschädigung durchzuführen, hat sie sich dennoch entschlossen, sämtlichen Schutzmüllern und Kleinhäuslern eine Entschädigung zu gewähren. Es wurde ein volles Einvernehmen erzielt und hat die Donauregulierungskommission einen Teil dieser Gründe einem neuen Unternehmen, dem Mühlen- und Schälunternehmen, überlassen. Dieses neue Unternehmen hat einerseits mit Verhandlungen wegen einer weiteren Entschädigung begonnen, andererseits aber war es auch bemüht, neue Wohnungen für die ausziehenden Parteien zu beschaffen, die anderen bleiben in ihren Wohnungen, solange es die Verhältnisse erlauben. Ich halte diese Interpellation für ganz unbegründet.

GR. Weber richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass der Bau der Franz Josefs-Brücke mit der grössten Beschleunigung beendet wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Hiezu hat bereits in der Sitzung vom 22. Jänner d. J. GR. Seidl eine Anfrage gestellt, die ich damals dahin beantwortete, dass die Brücke nicht von der Gemeinde Wien, sondern durch die Donauregulierungskommission umgebaut wird, wobei die Gemeinde nur einen Beitrag zu den Baukosten leistet. Wie bereits damals hervorgehoben, werden die einzelnen Erstreher der Bauarbeiten, nicht bloss von der Bauleitung der Donauregulierungskommission, sondern auch von den exponierten Organen der Gemeinde Wien fortwährend zur Beschleunigten Durchführung der Arbeiten gedrängt. Selbstverständlich wird der Magistrat auch diese neuerliche Anfrage zum Anlass nehmen, um die B. R. K. zu ersuchen mit allem Nachdruck die energische Fortführung der Arbeiten schon im Interesse der Förderung des öffentlichen Verkehrs zu betreiben. Daraus geht hervor, dass wir nichts verabsäumt haben und mit grösster Bereitwilligkeit alles getan haben, um den Ausbau dieser gewiss sehr notwendigen Brücke zu Ende zu bringen.

GR. Angeli stellt den Antrag im Arkadenhofe des Rathauses eine Ausstellung von in Kriegsgemüsegärten und Schrebergärten gezogenen Gemüsesorten zu veranstalten und die schönsten Sorten mit entsprechenden Geldpreisen und Diplomen zu prämiieren.

GR. Koppensteiner beantragt die Vorlegung eines Entwurfes, in dem die Zustellungsgebühren für ausserordentliche Arbeiten in einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Weise geregelt erscheinen und dass für die anlässlich der Wahlen in die Nationalversammlung geleistete Arbeit jedem Diener eine weitere nachträgliche Entlohnung von 5 Kronen für den Zustellungstag gewährt wird.

GR. Faulitschke beantragt unter Hinweis darauf, dass für die jeweils in Verwendung stehenden Kanzleiorgane ein ständiger Unterrichtskurs über die in Betracht kommenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften angeordnet wurde und dass die Rührer dieses Kurses eine Prüfung abzulegen haben, dass die Magistratsdirektion verfügen wolle, dass jene Kanzleibeamte, die mindestens 20 Dienstjahre vollstrückt haben und bereits durch 10 Jahre in Konzeptsdienste mit Erfolg verwendet werden, von der Ablegung der Prüfung zu entheben sind.

GR. Rummelhardt stellt mit Rücksicht auf die von sozialpädagogischen Standpunkt aus wichtige Berufstätigkeit der Lehrer an den Taubstummen- und Blindenabteilungen, sowie an den sogenannten Hilfsschulen den Antrag, diese Lehrkräfte mit den Bürgerschullehrern vollständig gleichzustellen, ihnen in die Pension einrechenbare Personalauslagen zu gewähren und schliesslich diese Lehrkräfte in den Gemeindedienst zu übernehmen.

GR. Rummelhardt beantragt die derzeit im Zentralarmenkataster angeordneten weiblichen Hilfskräfte wieder im Dienste zu belassen und sie zunächst als Diurnisten zu bestellen, ferner sogleich eine entsprechende Vermehrung der definitiven Kanzleibeamten und Kanzlistenstellen im Zentralarmenkataster vorzunehmen und diese Stellen auch den derzeit als weibliche Hilfskräfte bestellten Beamtinnen zugänglich zu machen.

GR. Zimmerl beantragt die Errichtung einer Wiener Messe und zur Durchführung derselben die Bildung eines Ausschusses, bestehend aus 5 Mitgliedern des Gemeinderates, je einen Vertreter der städtischen und autonomen Gewerbebetriebsämter, der Handels- und Gewerbekammer, des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft und der grössten Fachgenossenschaften.

GR. Zimmerl beantragt die Vergrösserung des städtischen Volksbades im Bezirke Neubau und die Adaptierung des 3. Stockes des Amtshauses zu diesem Zwecke.

GR. Gabriele Walter beantragt die bedingungslose Aufhebung des Eheverbotes für die Beamtinnen des städtischen Jugendamtes.

GR. Schorsch beantragt, der Gemeinderat beschliesse, einen sechsgliedrigen Ausschuss, der unter Vorsitz eines Bürgermeisters tagt und bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates, längstens jedoch binnen 14 Tagen entsprechende Vorschläge über die Demokratisierung der Betrieb der Gemeinde Wien zu unterbreiten hat. Den Beratungen des Ausschusses sind fallweise Delegierte der in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen der Beamten und Arbeiter, sowie Hauptvertrauensmänner der Betriebe mit beratender Stimme beizuziehen.

GR. Körbler beantragt behufs Reinigung der Bettwäsche der Pflinglinge im Armenhause 16. Bezirk Liebhartsgasse 17 die Einrichtung einer Waschküche, die zugleich mit einer Badewanne für den Gebrauch der Pflinglinge versehen sein soll.

GR. Hammerschmid beantragt für die Gartenkulturen in der Gegend der Engerthstrasse, Adalbert Stifter - Strasse, Dresdnerstrasse und Schwedengasse im 20. Bezirk die Zuleitung von Nutzwasser, die Beschaffung von natürlichem und Kunstdünger, den Ankauf und die unentgeltliche Verabfolgung von Samen an die Gartenbesitzer, die Herausgabe fachmännischer Anleitungen und Unterweisungen, die Beschaffung von billigem Einfriedungsmaterial und die Aufstellung von Aufsichtsorganen für diese Gartensanlagen.

GR. Schober beantragt an den Fürsten Liechtenstein in dringlichem Wege das Ersuchen zu richten, seinen im 9. Bezirk gelegenen Park für die Bevölkerung der Stadt zu öffnen, insbesondere aber den aus der Alserbachstrasse zugänglichen Teil, der bis jetzt immer abgeschlossen war, als Erholungs- und Spielplatz für die Liechtenthaler Kinder freizugeben. Ferner, dass an diese Strasse angrenzende Gebäude des Parkes für Volksbildungszwecke und Kinderfürsorge zur Verfügung zu stellen und endlich die Bildergalerie zur allgemein kostenlosen Besichtigung zugänglich zu machen.

GR. Witzmann beantragt für den an der Westbahn gelegenen dicht bevölkerten Teil des 15. Bezirkes einen Kindergarten zu errichten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

V.Bgm. HOSS berichtet über den Antrag dem durch die tschechischen Uebergriffe im Sudetenland notleidend gewordenen deutschen Stammesangehörigen, ihren Witwen und Waisen 10.000.-Kronen zu widmen.

G.R. SEDLAK erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, möchte aber bei dieser Gelegenheit betonen, dass er eine nachdrückliche Kundgebung der Gemeinde Wien für den Anschluss an das Deutsche Reich vermisst, die gerade gegenüber den in den letzten Tagen wieder stärker einsetzenden Querstreben gegen den Anschluss mehr als notwendig wäre.

Der Referent V.Bgm. HOSS erwidert, dass der Bürgermeister schon einige Male im Gemeinderate die Anschauung in der Anschlussfrage zum Ausdruck gebracht hat, er sei überzeugt, dass so wie bisher auch in Zukunft der Standpunkt des Gemeinderates lauten werde: Ehester Anschluss an Deutschland. - Der Referentenantrag wird sodann genehmigt.

Nach einem Antrag des V.Bgm. HOSS wird die Systemisierung einer IV. Obermagistratsstelle beschlossen.

V.Bgm. Reumann beantragt für die Durchführung der Wahlen in den Landtag einen Zuschusskredit von 880.000 Kronen für die Wahlen in den Gemeinderat eines solchen von 420.000 Kronen und für die Wahlen in die Bezirksvertretungen einen Kredit von 450.000 Kronen zu bewilligen. - Die Referentenanträge werden genehmigt.

V.B. Reumann berichtet über die den Wiener Wärmestuben und Wohltätigkeitsvereine für das Jahr 1918 zu gewährende Subvention, sowie über eine denselben Vereinen zur Fortführung des Betriebes über die normale Betriebszeit hinaus zu gewährende Subvention von 32.000 Kronen. Die bezüglichen Anträge werden angenommen.

V.B. Reumann übernimmt den Vorsitz.

G.R. JUNG berichtet über die Beschaffung der Steinzeugrohre für die Kanalbauten anlässlich der Erbauung von Kriegsgewohnhäusern auf der Schmelz mit einem Kostenbetrage von 95.000 Kronen.

G.R. Dr. GRÜEN weist darauf hin, dass der zweite Bezirk hinsichtlich der hygienischen Vorkehrungen vernachlässigt wird und stellt den Zusatzantrag, dass für die Kanalisierung und hygienische Versorgung des II. Bezirkes schleunigst Anstalten zu treffen seien.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Zusatzantrag des G.R. Grün genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

V.B. Hoss berichtet über die Systemisierung von Stellen im Hauptstatus des Bauamtes. Hieran werden die Stelle des Stadtbau direktors in der IV. Rangklasse und 4 Stellen für städt. Oberbau räte systemisiert. Die betreffenden Anträge werden angenommen.

G.R. Dr. Kienböck berichtet über die Aufteilung der einzelnen Gemeinderatsmandate auf die Wiener Gemeindebezirke. Anträge werden angenommen.

G.R. Dr. Kienböck berichtet über die Verlängerung des Pachtvertrages zwischen der Gemeinde und dem Zirkusbesitzer Albert Schuhmann. Der Antrag den zwischen der Gemeinde und dem Zirkusbesitzer bestehenden Pachtvertrag unter Beibehaltung des bisherigen Pacht schillings und der übrigen Vertragsbedingungen unkündbar bis 1. Mai 1921 zu verlängern, wird angenommen.

STR. Schmid beantragt den technischen Entwurf für die Herstellung der Strassenrampen im Zuge der Aspernbrückengasse und Unteren Donaustrasse im 2. Bezirk nach den Vorschlägen des Stadtbauamtes mit einem Aufwand von 418.000 Kronen zu genehmigen und berichtet dann über Lohnerhöhungen für Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes.

GR. Waldsam erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, weil er einige Abänderungen enthält, die den von ihm seinerzeit gestellten Antrag verbessern. Er bemerkt, dass derzeit bei den Elektrizitätswerken gerade gegen die christlichsozialen organisierten Arbeiter ein Terror einsetzt; sie würde nicht nur gezwungen Sozialdemokraten zu werden, sondern es sei sogar ein Vertrauensmann, der sich an christliche Mandatäre gewendet habe, von Dienste suspendiert und gegen ihn eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Zum Schlusse bemerkte GR. Waldsam, dass es wohl noch gestattet sei, dass sich städtische Bedienstete an christlichsoziale Gemeinderäte wenden, wenn sie Wünsche haben.

GR. Schorsch bemerkte, dass der Stadtratsantrag nicht über Antrag des GR. Waldsam zu Stande gekommen sei, sondern über neuerliches Verlangen der Vertrauensmänner gemeinsam mit der Direktion zur Durchführung gelangt sei und dass die neuen Vereinbarungen das Resultat der heutigen Beschlussfassung ergeben. GR. Waldsam spreche wieder vom Terror. Der Redner sei zwar nicht in der Lage, ob die angeführten Tatsachen der Wahrheit entsprechen, wenn aber etwas vorgekommen sei, so sei dies nur auf den sonderbaren Standpunkt der christlichen Organisation gegenüber ihren Kollegen zurückzuführen. Er persönlich verurteile jeden Terrorismus und nehme den Standpunkt ein, dass auf solche Weise nicht Liebe erzeugt werde, auch sei das Programm seiner Partei von so starker Werbekraft, dass es nicht nötig sei, jemanden zu zwingen.

Nach einem kurzen Schlusswort des StR. Schmid werden die gestellten Anträge angenommen.

Nach dem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss wird ein Fünftel Anteil der Florian Lechar'schen Stiftung, 3., Erdbergerstrasse 45, an das Erziehungsheim "Stella" verkauft.

St.R. Weigl berichtet über die Forderungen der Gaswerksarbeiter. Es war städtisches Komitee eingesetzt worden, bestehend aus dem Berichterstatter als Vorsitzenden, Gemeindevater Untermüller, Ob.Mag. Rat Dr. Müller und der Direktion der städt. Gaswerke. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, dass ein Kollektivvertrag vereinbart wurde. Die Forderungen der Gaswerksarbeiter beziehen sich auf Regulierung der Löhne, Arbeitszeit, Dienstzeit etc. Die Mehrkosten betragen jährlich 12,250.000 K.

Die Anträge des Berichterstatters werden ohne Debatte genehmigt.

G.R. Siegel berichtet über die Durchführung von Anschüttungsarbeiten auf dem Kontumazmarkt im XI. Bezirke, wozu die bei dem städt. Gaswerke lagernde Schlacke verwendet werden soll. Für die Verführung der Schlacke und die Anschüttung sind 550.000 Kronen notwendig.

G.R. Ignaz Fischer gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass die Gemeinde für die Wegführung der Schlacke so viel Geld aufwende und stellt den Zusatzantrag, dass die bei dem städt. Gaswerke deponierte Schlacke womöglich an Ort und Stelle zur Ergänzung von Zementschlack-

Ziegeln verwendet werden soll.

G.R. Dechant fragt, ob die Firma Brückner & Pollitzer der die Arbeiten der Wegführung übertragen werden sollen, nur Wiener Arbeiter beschäftigt, da er gehört habe, daß dort auch Slovakische Arbeiter im Dienste seien.

G.R. Schmidt erwidert auf die Ausführungen des G.R. Fischer, die den Eindruck erwecken, als ob die Gemeinde die Schlacke unbenutzt lasse, daß die Gemeinde die Schlacke zu Ziegeln verarbeite.

In seinem Schlussworte betont der Referent, daß in dem mit der Firma abgeschlossenen Verträge auch die Beschäftigung von Wiener Arbeitern vorgesehen sei. Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag des G.R. Fischer genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

G.R. Vaugoin berichtet über Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen sowie den Witwen und Waisen nach solchen. Der Anspruchsbeitrag ist am 1. April auszahlbar und gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Jänner bereits im Gemeindedienste gestanden sind. Der Referent hofft, daß dies der letzte Anschaffungsbeitrag sein wird, da die bevorstehende Regelung der Lohnverhältnisse einen weiteren Anschaffungsbeitrag überflüssig machen wird. Er betont daß die Vorarbeiten für die Lohnregulierung sehr schwierig sind, er begreife aber die Ungeduld mit der diese erwartet wird und er hoffe, daß er im Laufe der nächsten Woche, sichlich aber noch vor den Wahlen über die bevorstehende Lohnregulierung Bericht erstatten wird können.

G.R. Schorsch gibt ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, daß der in Rede stehende Anschaffungsbeitrag keine dauernde Einrichtung bleiben wird. Er stellt folgenden Zusatzantrag: Alle nach dem 1. Jänner 1919 in den Dienst der Gemeinde eingetretenen aktiven Angestellten haben Anspruch auf den Anschaffungsbeitrag nach Ablauf von 3 Monaten, vom Tage des Eintrittes an gerechnet. Vorstehende Bestimmungen gelten für alle in den Rahmen des Antrages des Stadtrates fallenden Betrie-

Der Referent betont, daß er nicht gegen den Antrag des G.R. Schorsch Stellung nehmen wolle, daß er aber vorschläge, die Zusatzanträge dem gemeinderätlichen Komitee zuzuweisen, damit über die dadurch entstehenden Mehrkosten, Berechnungen angestellt werden können. Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen und die Zusatzanträge des G.R. Schorsch genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Nach einem Berichte des G.R. Dr. Haas wird das Kostenerfordernis im Betrage von 25.500 Kronen für die Abänderung der Einmündungsstellen der Aspangstrasse in den Rennweg genehmigt.

Der Bericht desselben Referenten wonach für die von der Gemeinde Wien bestellten Aerzte ein gemeinsamer Status geschaffen wird.

G.M.R. Tenella berichtet, über die Subventionierung des Vereines "Kinderschutzstationen" und beantragt, den Gemeinderatsbeschluss vom 22. November v. J. dahin zu ergänzen, daß im Falle der Verein mit den bewilligten Beiträgen von 50 % der reinen Verpflegskosten und den Regiebeitrag von 10% dieser Subvention das Auslangen nicht finden kann, das entstandene Defizit von der Gemeinde Wien übernommen wird.

Der Antrag wurde angenommen.

G.M.R. Tenella berichtet über die Bewilligung eines Kredites von K 100.000 zur Durchführung der Aktion "Kinder nach St. Gallen".

G.M.R. Dr. Leewenstein; Der Betrag von K 100.000 für die Durchführung dieser Kinderaktion wird zweifellos die Annahme des Gemeinderates einstimmig finden. Wenn jemand Gelegenheit hatte so wie der Herr Referent und ich die Reise mit den Kindern mitzumachen, wird er sich der erfreulichen Eindrücke nicht erwehren können die er bei den Empfängen der Kinder in der Schweiz gewonnen hat. In gekräftigtem

und wohlgenährtem Zustande kehren unsere Kinder stets nach 8 Wochen zurück. Das wichtigste bei der Sache aber ist, der erhebende Anblick, wenn unsere Kinder in die Schweiz kommen. Sie warteten beim letzten Empfange auf dem Bernerbahnhofe trotz 2 stündiger Verspätung über 15.000 Personen jung und alt und sein Kinderzug. Unsere Kleinen er-

freuen sich nicht nur begeisterter Aufnahme, sondern werden sogar mit Liebesgaben, Esswaren und kleinen Geschenken, bei der Ankunft überschüttet. Ich kann dieses Referat nicht vorübergehen lassen, ohne für die freundliche Aufnahme unserer Kinder in der Schweiz der Schweizerregierung und allen Schweizerangehörigen, die sich unserer Kleinen annehmen den aufrichtigsten und herzlichsten Dank zum Ausdrucke zu bringen und bitte diese Anregung in öffentlicher Sitzung beschliessen zu wollen.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag und der des Gemeinderates Leewenstein einstimmig angenommen.

St.R. Dr. Haas berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten und für das Jubiläumsspital beantragt K 381.000 für Küchenauslagen und 881.000 K für den Betriebsaufwand des Spitals zu bewilligen. (Angenommen).

Der für den Bau des Amtshauses in der Felderstrasse genehmigte Kredit wird auf 3,002554 K erhöht.

Für das historische Museum wird ein Zuschusskredit von K 60.000 bewilligt.

Der für den Autobusbetrieb genehmigte Betriebsfond wird von 600.000 Kronen auf 900.000 K erhöht.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft, und die öffentliche Sitzung wird geschlossen.